

Lodzer

Freie Presse

Bezugspreis:
Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Bezieher in: Alexandrom, Bielawsk, Chelm, Kalisch, Konin, Konstantynow, Lipno, Babianice, Krypin, Sobnowice, Tomaschow, Turek, Włocławek, Gdńska-Wola, Bydgoszcz.

Bezugspreis:
In Lodz und näherer Umgebung wöchentlich 9 Mr.
— Pf. und monatlich 25 Mr.
Durch die Post bezogen
kosten sie 25 Mr. monatlich.
Honora werden nur nach vorheriger Vereinbarung
gezahlt.

Nr. 106.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86.

3. Jahrgang

Die neue Verschwörung in Deutschland.

Zu den neuen Putschgerüchten schreibt der "Berl. Pol. Anz.", daß in Pommern (wo angeblich die Bewegung inszeniert wird Dr. Red.) Ruhe herrsche. Von der Absicht eines neuen Putsches könne keine Rede sein. Der Oberpräsident der Provinz Pommern habe sich auf einige Tage nach Berlin begeben, um dort Bericht zu erstatten. Wenn auch zugegeben sei mag, daß ein großer Teil der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden sei, so lehne man doch einen Putsch allgemein ab. Erster sei doch die Lage in der Provinz bezüglich der Landarbeiter aus. Hier machen sich Anzeichen bemerkbar, die auf einen Streik in großem Umfang hindeuten. Die Arbeiter, die ursprünglich selbst die Forderung nach Zwangstarifen aufgestellt hätten, seien jetzt mit diesen Tarifen einverstanden.

Im roten "Tag" sagt Groß Posadowsky: Auch die rechtsstehenden Parteien haben ein Recht zur Beschwerde gegen Kapp und seine Leute. Sie empfinden es als schweren Vertrauensmissbrauch der Personen, die zu ihnen zählen, hinter ihrem Rücken diese Verschwörung anzutreiben entgegen der klaren politischen Stellung der Rechtsparteien. Kapp und Grußmann hätten damit Unruhe und Zwietracht in die eigenen Reihen gebracht.

Die "Germania" erwartet Festigung gegen weitere Diktaturversuche von rechts und links von den bevorstehenden Wahlen infosieren, daß die heutigen Regierungsparteien in ihren Beständen bestätigt, wenn nicht verstärkt werden würden.

In der "Pos. Big." schreibt Georg Bernhardt u. a.: Leider scheint die Putschgefahr durchaus noch nicht beseitigt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in Deutschland noch einzelne Reichswehrherden bestehen. Tatsächlich besteht seit einigen Tagen eine durchaus nicht leicht zu nehmende Verbindung zwischen einigen kommunistischen Gruppen und einer Anzahl ebenso unüberlegter wie tapfrägiger Offiziere, von denen man nicht weiß, welche Gefolgschaft sie bestehen. Der Plan geht auch diesmal wieder dahin, die Regierung an sich zu reißen und gemeinsam mit Sowjetrussland den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Wann man bedenkt, daß augenblicklich fast in allen deutschen Gauen einzelne Teile des Offizierkorps um ihre Stellungen besorgt und Mannschaften mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, daß viele Tausende deutscher Männer, der bürgerlichen entwöhnt, gern bereit sind, als Landstreiche Waffendienst zu tun, so ergibt sich ein Gesamtbild, das zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt, auch wenn man annimmt, daß es sich zunächst nur um ein paar Hänkelinge handelt. Wenn die Vorbereitungen jener rotweißen Putschisten zur Tat reisen könnten, so würde das nicht bloß eine Gefahr für die Demokratie und die Republik, sondern es würde den vollen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten.

Mit Bezug auf die Putschgerüchte, erklärte Reichswehrminister Dr. Gessler in der Nationalversammlung u. a.: Die uns aus Pommern zugehenden Nachrichten sind höchst ernst. Ich muß diejenigen, die Einfluß auf die rechtsstehenden Kreise haben, dringend bitten, ernstlich zu warnen. Neue Unruhen können wir einfach nicht mehr ertragen. Wir müssen soviel militärische Kraft aufbringen, daß das Ausland uns wieder vertrauen kann.

Aus Berlin, 16. April, wird ferner gemeldet: Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern abend die Hauptleute v. Biebahn und v. Bonnstedt, Kapitänleutnant Altvater und Lieutenant v. Biebahn mit drei Kommandisten zwecks Zusammenschlusses einer national kommunistischen Gruppe. Die Sitzung wurde entdeckt. Der Reichswehrminister Dr. Gessler vernahm sofort die Teilnehmer, ließ sie festnehmen und dem Polizeipräsidium zuführen.

Das Reichswehrministerium teilt zu der Angelegenheit mit: Bei der Reichsregierung ließen gestern am späten Nachmittag Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, welche im Reichswehrministerium um 8 Uhr stattfinden sollte zwischen

den näher genannten Offizieren, die größtenteils dem Reichswehrgruppenkommando I Berlin angehören, und adäquat gerichteten Arbeitersführern. Die militärischen Teilnehmer wurden durch ausführliche Angaben erheblich belastet. Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstzimmer des Hauptmanns v. Biebahn stattgefunden. Es haben daran außer den oben erwähnten Offizieren teilgenommen: Befreiungsteuer Meyer, fürstlich aus englischer Gefangenenschaft zurückgekehrt, ein gewisser Bertram (nach seinen Angaben Gründer des Vereins der Frontsoldaten) und ein gewisser Kahlert (nach seinen Angaben Uhrmacher aus Großherzogtum). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung wieder aufheben und hat dann persönlich noch im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernehmen. Er hat darauf angeordnet, daß sie mit Ausnahme des Hauptmanns v. Bonnstedt, der nur einem britischem Befehl zufolge an der Sitzung teilnahm, bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit in Polizeipräsidium zu Berlin in Sicherheit zu behalten seien. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wurde heute vormittag durch Gegenüberstellung der Belastungsszenen mit den Teilnehmern an der Sitzung fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den Absichten der Teilnehmer wird festzustellen sein, ob noch andere Personen zu der Sitzung geladen waren, die aus irgendwelchen Gründen nicht erschienen sind.

Eine Ententenote an Deutschland.

Poldhu, 18. April. (Pat.).

Die französische Regierung ging auf den englischen Vorschlag ein, daß die verbündeten Mächte eine gemeinsame Note nach Berlin richten sollen mit der Mitteilung, daß keine deutsche Regierung anerkannt werden würde, die sich der Ausführung der Friedensbedingungen entziehen wollte.

Frankreich und die Zentralmächte.

Paris, 17. April. (Pat.).

Am Sonnabend wurde ein Dekret veröffentlicht, welches die Handelsfreiheit zwischen Frankreich und den Zentralmächten wieder herstellt. Bisher bestanden für Waren, die aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen kamen, besondere Transportbestimmungen.

Polen und die Ukraine.

Die Ukraine, das landwirtschaftlich so überaus reiche Gebiet des südlichen Russland, spielt eine große Rolle bei jedem austauschenden Projekt der "Liquidation" des eisernen zarischen Russland. Während des Krieges von den Zentralmächten okkupiert, kamen dort die bis dahin nur von geringem Kreis vertretenen Selbständigkeitswünsche ausschlaggebend zur Geltung. Vor dem Kriege waren sie in dem eigentlich ukrainischen Gebiet kaum bekannt, sondern wurden nur in der "Westukraine", d. h. in Ostgalizien vertreten. Der bolschewistische Krieg hat das Problem des ukrainischen Staates in neue Zusammenhänge gebracht. Die Armeen der russischen Reaktion unter Denikins Führung und mit Frankreichs Schutz wollten das ukrainische Land nur für das künftige Groß-Russland wieder erobern. In der Ukraine selbst urgierten die bürgerlichen Parteien des Kiewer Gebietes der gleichen Stand — eventuell mit kultureller Autonomie der Ukrainer — zu die sozialistischen und kommunistischen Parteien, traten dagegen für eine mit Sowjetrussland eng verbündete Sowjetukraine ein. Im Westen dagegen — Ostgalizien und Gebiet von Kamieniec-Podolski — Proskurov-Schmiertka — gelang es der gemäßigt sozialistischen Regierung Petljura-Mazepa dem Gedanken der ukrainischen Unabhängigkeit festen Fuß zu erhalten und Truppen zu verschaffen. Da auch Polen um den Besitz Ostgaliziens rang, wurde das ukrainische Problem für die polnische Politik äußerst aktuell.

Über keine außenpolitische Frage hat seitlich das amtliche Polen so tiefe Schwierigkeiten bewältigt wie über die ukrainische. Es läuft sich jedoch

erkennen, daß sie entsprechend der polnischen Stellungnahme zur russischen Frage verschiedene Phasen durchläuft hat. Erst ganz allmählich beginnt sich jetzt, nachdem Polen sich im wesentlichen im Osten zu einer Pufferstaatenpolitik wendet, der Schiefer über den monatelangen, oft unterbrochenen, immer wieder angeknüpften Verhandlungen mit Petljura ein wenig zu lösen. Während Rafałowski in einem Hand in Hand mit den Bolschewiken die ukrainische Frage im Sinne einer nahen Föderation mit Russland zu lösen sucht, müßte sich Petljura in Warschau gegen die Erklärung des Besitzersessens am Ostgalizien eine selbständige Ukraine zur Anerkennung zu bringen. Nach Nachrichten der Warschauer Blätter soll deren Grenze gegen Polen — über die östlich und nördlich Ausdehnung macht Polen offenbar keine Versprechungen — der Brücke und der Donau werden. Diese Nachricht wird von dem sozialistisch-nationalen Organ "Współ" bestätigt. Nach demselben Blatte ist im ukrainisch-polnischen Vertrage die freie Durchfahrt polnischer Waren durch die Ukraine nach Odessa gesichert. In das ukrainische Kabinett soll ferner ein Minister für polnische Angelegenheiten im ukrainischen Gebiet ist der Großgrundbesitz vielfach in polnischer Hand befreut und ein Portefeuille von einem Polen übernommen werden. Eine Militärkonvention ergänzt den Vertrag.

Tatsächlich kämpfen schon jetzt die Ukrainer bzw. Freiheitstruppen, ca. 6000 Mann, im Verbande der polnischen Truppen an der podolischen Front. — Gegen die Abmachungen Petljuras protestieren freilich neben den Kleinen Ukrainen und den ukrainischen Bolschewiken auch bürgerliche Nationalisten im galizischen Gebiete, die gegen dessen Einverleibung in Polen sind.

Polnische Gegenangriffe.

... Bericht vom 18. April.

Da die Lage im Kampsabschnitt Polese in Folge der andauernden bolschewistischen Angriffe und der sonst erfolgten Herausziehung neuer feindlicher Kräfte sich immer schwieriger gestaltet, wurde der Moment ausgenutzt, als der Feind seine Truppen zu einem neuen Angriff umgruppierte, und ein Gegenangriff unternommen, um die weiteren feindlichen Angriffe zum Scheitern zu bringen. Hierbei wurden die feindlichen Truppen vor unserer Front geschlagen. Bisher wurde eine Beute von 7 Geschützen und 40 Maschinengewehren gemeldet.

In Podolien und Wolhynien lebhafte Erkundungstätigkeit.

Erster stellvertretender Generalstabchef: Kulinski, Oberst.

Deutschland und Finnland.

Moskau, 18. April. (Pat.).

"Morning Post" meldet, daß die Deutschen von Finnland für die im Jahre 1918 diejenigen Staate erzielte Hilfe zur Verbreitung des Landes von den Bolschewiken eine Vergütung gefordert haben. Finnland soll insgesamt 127 Millionen Mark an Deutschland zahlen.

Moskau, 18. April. (Pat.). Die norwegische Regierung scherte sich im Falle irgendwelcher Verhandlungen zwischen Finnland und Russland in allen den norwegischen Staaten interessierenden Grenzfragen das Recht der Mitbestimmung sowie das Recht zur Förderung einer Korrektur und politisch-territoriale Garantie betreffs der norwegischen Interessen zu.

Neuerliches Attentat auf Ulmanis.

Riga, 18. April. (Pat.).

Auf den lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis wurde am 15. d. Ms. im Bezirk Pals ein Attentat verübt. Ulmanis fuhr in einem Kraftwagen zu einer politischen Versammlung, in der er über die politische Lage Lettlands sprachen wollte. Die Verschwörer setzten einen am Wagen stehenden Baum mittels Pyrexlin in die Luft in dem Augenblick, als das Automobil des Präsidenten bei diesem vorbeifahren mußte. Der Baum fiel jedoch nicht auf den Wagen, sondern

versperrte ihm zu der Verjagung Fahrenden lediglich den Weg. Es erfolgte ein Schußwechsel. Die Attentäter ergriffen die Flucht. Der Unfall war unzwecklos von den Bolschewiken organisiert gewesen. Dies ist schon der dritte Versuch, den lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis zu beseitigen.

Totales

Lodz, den 20. April.

Der Streik nimmt zu.

Die nichtorganisierten kleinen Fabrikanten bewilligen, wie bereits berichtet, die Lohnforderungen der Textilarbeiter. Bisher haben 40 das neue Abkommen unterschrieben.

Eine Delegation der Berufsverbände mit den Abgeordneten Naplukowski und Waszkiewicz an der Spitze beriet mit dem Bodziger Wojewoden in der Angelegenheit der verhafteten Mitglieder des jüdischen Arbeiterverbandes. Der Wojewode versprach, diese Angelegenheit zu untersuchen, ferner erklärte er, daß die Regierung keinelei Zwangsmäßigkeiten gegen die Streikenden zu ergreifen beabsichtige, wenn die Arbeiter sich an die bestehenden Gesetze halten werden.

Der Streik umfaßt auch die größeren Textilfabriken in Fabianice, Bydgoszcz und Gdansk-Wola.

*

In diesen Tagen fand eine Beratung von Vertretern der Band-, Strumpf-, Tritotagen-, Bindfaden-, Transmissions- und Packarbeiterverbände mit den betreffenden Fabrikanten statt. Da die Versammlung zu keinem Einvernehmen führte, haben die genannten Verbände beschlossen, vom heutigen Tage ab zu streiken. Sie verlangen einen Tagelohn von 125—250 Mark.

Im Zusammenhang damit fand gestern eine Versammlung von Vertretern der vereinigten Verbände statt, an der auch Vertreter der Gasanstalt, des Elektricitätswerkes und anderer Anstalten teilnahmen. Es wurde beschlossen, einheitlich vorzugehen und den Streik zu unterstützen.

Arbeiter gegen die Feier des 1. Mai. In Anbetracht dessen, daß die Manifestationen und die Feiern des 1. Mai überhaupt auf die Friedensverhandlungen Polens mit Sowjetrussland Einfluß haben könnten, hat der Beirat der christlich demokratischen Berufsverbände beschlossen, diejenigen Verbandsmitglieder, die an den Maifeiern teilnehmen werden, zu bestrafen. Der Tag des 1. Mai muß ein Arbeitstag sein. Ahnliche Bestimmungen werden, der "Warszawojce Słowa" zufolge, von der Nationalen Arbeiterpartei (N. S. R.) und in Polen erlassen.

Die internationale sozialistische Kommission für Polen. Die Mitglieder des französischen Parlaments Renaudel, des englischen Shaw, des holländischen Schepel und des deutschen Cohn reisten von Danzig nach Warschau ab. Sie haben sich nach Warschau begeben, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen, unter anderem auch die Judenfrage. Die Einsendung einer derartigen Kommission wurde auf dem letzten internationalen Sozialistenkongress beschlossen.

Evangelische Gemeindeversammlung. Wir erinnern daran, daß heute um 8 Uhr abends im Stadtmissionssaal eine Versammlung der Mitglieder der St. Johannisgemeinde stattfindet. Da bedeutende Gehalts erhöhungen in Aussicht genommen sind, die das Budget sehr belasten würden, ist die Teilnahme aller Mitglieder, insbesondere der Arbeiterschaft dringend geboten.

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch um 8 Uhr nachmittags statt. Tagesordnung: Mitteilungen, Wahler, Anträge, Berichte, Anfragen.

Vom städtischen Gesundheitsamt. Zweck ausführlicher Bekanntmachung mit der Leitung des Gesundheitsamtes wird der ehemalige Leiter Dr. Koziołkiewicz, mit dem derzeitigen Leiter Ing. Matielski alle dem Amt unterstellten Abteilungen

